

Aus Confidencial vom 17.4.2019

Die Abgeordneten fordern die Vertriebenen auf, nicht nach Nicaragua zurückzukehren.

Europäische Politiker vertrauen dem offiziellen Programm "Unterstützte freiwillige Rückkehr von Nicaraguanern ins Ausland" nicht.

Die Abgeordneten forderten die Tausenden von nicaraguanischen Exilanten am Mittwoch auf, nicht nach Nicaragua zurückzukehren, denn Präsident Daniel Ortega hat gezeigt, dass er "unzuverlässig" ist und ihr Leben "in Gefahr" wäre. Das Regime von Ortega und Rosario Murillo präsentierte diese Woche das Programm der "unterstützten freiwilligen Rückkehr von Nicaraguanern ins Ausland", das die Rückkehr von Tausenden von Menschen fördert, die seit April 2018 ins Exil gingen und vor Arbeitslosigkeit und politischer Verfolgung fliehen.

Der portugiesische Abgeordnete José Inácio Faria von der Europäischen Volkspartei (rechts) nannte Ortega einen "blutrünstigen Diktator", der für die Führer Kubas und Venezuelas "schlechter" ist. Beide Länder bilden zusammen mit Nicaragua nach Ansicht des Abgeordneten das "Dreieck der Schande". "Kehren Sie nicht nach Nicaragua zurück, bevor es Sicherheitsbedingungen für Ihr Leben gibt, denn wenn Sie zurückkehren, könnten Sie in Gefahr sein. Herr Ortega hat bereits gezeigt, dass er unzuverlässig ist", fügte er hinzu.

Der spanische Abgeordnete Ramón Jáuregui Atondo von der Sozialistischen Arbeiterpartei (links) sagte, dass die Tausenden von Vertriebenen "keine Bedingungen oder Garantien" für ihre Rückkehr hätten, da es ihnen an einer internationalen Einrichtung fehle, "auf die sie im Falle einer Verhaftung zurückgreifen könnten".

Beide Mitglieder des Europäischen Parlaments schlossen sich den nicaraguanischen und ausländischen Stimmen an, die an dem offiziellen Programm zweifeln, das das politisch Verfolgte als Kategorie auslöst und nur "alle Personen erfasst, die kein offenes Gerichtsverfahren oder eine formelle Anschuldigung der zuständigen Behörde für die Ereignisse nach dem 18. April 2018 haben.

Faria und Jáuregui kritisierten das Programm während einer Pressekonferenz, in der die Abgeordneten die Europäische Union (EU) aufforderten, "individualisierte" Sanktionen gegen orteguistische Beamte zu genehmigen und den Prozess der Suspendierung Nicaraguas aus dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Mittelamerika einzuleiten.

Jáuregui bezeichnete das Programm als "Propagandamanöver" des Regimes.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt, dass 62 000 Nicaraguaner aus dem Land flohen, von denen 55 000 ins benachbarte Costa Rica gingen. In Nicaragua hat die Bürgerallianz für Gerechtigkeit und Demokratie ein Kommuniqué herausgegeben, in dem sie erklärte, dass es "fruchtlos ist, wenn die Regierung sterile und betrügerische Kampagnen fortsetzt, und dass, was dem entspricht, ist ihr fehlender Wille zur Freilassung aller politischen Gefangenen, der

vollständigen Wiederherstellung aller Rechte und Garantien der Staatsbürgerschaft, die in unserer politischen Verfassung gelten.“

Übersetzung nach Original-Quelle:

<https://confidencial.com.ni/eurodiputados-ruegan-a-exiliados-no-volver-a-nicaragua/#>